Stand: 07.09.2026 14:37:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3675

"Für Bayerns Kitas I - Weiterentwicklung der kindbezogenen Förderung (BayKiBiG)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3675 vom 21.10.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4693 des SO vom 23.01.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 04.02.2025
4. Beschluss des Plenums 19/5741 vom 11.03.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 11.03.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.10.2024 **Drucksache 19/3675**

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Für Bayerns Kitas I – Weiterentwicklung der kindbezogenen Förderung (BayKiBiG)

Der Landtag wolle beschließen:

Bezugnehmend auf die Handlungsempfehlungen der Facharbeitsgruppe Kita 2050 im Bündnis für frühkindliche Bildung in Bayern und in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden wird die Staatsregierung aufgefordert, den Anteil der gesetzlichen Förderung an den Gesamtbetriebskosten so zu erhöhen, dass die derzeit bestehende Finanzierungslücke geschlossen und eine auskömmliche Finanzierung auch zukünftig sichergestellt wird. Die grundlegende Fördersystematik soll dabei bestehen bleiben.

Darüber hinaus sollen bei der Weiterentwicklung der Finanzierung die folgenden Punkte berücksichtigt werden:

– die Berechnung (und jährliche Anpassung des Basiswerts) wird einfacher und transparenter gestaltet,
– die verschiedenen richtlinienbasierten Förderungen werden gebündelt und in die gesetzliche kindbezogene Förderung überführt, um den Verwaltungsvollzug zu vereinfachen und den Trägern und Fachkräften mehr Planungsmöglichkeit zuzusichern,
– die Gewichtungsfaktoren – insbesondere für Kinder mit (drohender) Behinderung, für Kinder mit nichtdeutschsprachiger Herkunft und für Kinder unter drei Jahren werden angehoben.

Begründung:

„Das gesamte System der Kita-Finanzierung ist in eine existenzgefährdende Schieflage geraten," heißt es in einer Stellungnahme des Bayerischen Gemeindetags und des Bayerischen Städtetags anlässlich der Anhörung zur „Kita-Reform in Bayern", die am 4. Juli 2024im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie stattfand. Im Einklang mit allen weiteren eingeladenen Expertinnen und Experten machten somit auch die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der Anhörung deutlich, dass die gesetzliche Betriebskostenförderung dringend angepasst werden muss. Denn die Lücke zwischen den tatsächlichen Sach- und Personalkosten und der staatlichen Refinanzierung – dem sogenannten Basiswert – geht immer weiter auseinander. Während der Basiswert in den letzten Jahren immer nur geringfügig angepasst wurde, sind die Betriebskosten einer Kita in Bayern in den letzten Jahren um ein Vielfaches gestiegen. In der Folge deckt die staatliche Refinanzierung derzeit nur noch 60-65 Prozent der Betriebskosten ab.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Für Kommunen und Träger in Bayern wird diese Finanzierungslücke zu einem immer größeren Problem: Während Kommunen zunehmend gezwungen sind, die entstehenden Defizite der freien Träger mit eigenen freiwilligen Leistungen zu kompensieren, müssen freie (oder teilweise auch öffentliche) Träger die Finanzierungslücke durch Anhebung der Elterngebühren, durch Eigenleistungen oder durch ein Absenken der Qualität schließen. Aus der Perspektive der Chancengerechtigkeit im Freistaat sind diese Entwicklungen fatal, zumal die Bildungsqualität im Freistaat schon jetzt ein regionales Gefälle aufweist – abhängig von der Finanzkraft der Kommune.

Schon im ersten Zwischenbericht der Facharbeitsgruppe Kita 2050 des Bündnisses für frühkindliche Bildung aus dem September 2021 wurde daher empfohlen, die Finanzierungslücke bei den Betriebskosten durch eine deutliche Anhebung der Refinanzierungsquote zu schließen. Entsprechend heißt es in dem Bericht: „Um gleichwertige Verhältnisse für eine optimale Bildungs- und Erziehungsarbeit zu schaffen, ist es erforderlich, die Finanzierungslücke in der gesetzlichen Betriebskostenförderung zu schließen. Um diese Finanzierungslücke zu schließen, müsste insgesamt die gesetzliche Förderung (deckt derzeit rund 60 Prozent der Betriebskosten) um mind. 30 Prozent erhöht werden."

Da sich die finanzielle Schieflage seitdem immer weiter zugespitzt hat, muss die Staatsregierung endlich handeln. Die Betriebskostenförderung muss angepasst werden und die entsprechenden Mittel müssen schon im Nachtragshaushalt für 2025 zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist es, dass bei einer Neuregelung der Finanzierung, die aktuelle Finanzlage der Kommunen berücksichtigt wird, um einige Kommunen durch eine Anhebung der gesetzlichen Finanzierung nicht zu überfordern. Denkbar wäre daher, eine (im ersten Schritt) landesseitige Anhebung ohne Erhöhung der kommunalen Ko-Finanzierung – als Finanzspritze für sofortige Abhilfe.

Durch eine Anpassung der Finanzierung würde eine Vielzahl an Defizitverträgen (ca. 2 000) entfallen, was sich für einige Kommunen finanziell, aber auch verwaltungstechnisch sehr positiv auswirken würde. Zugleich würde die Überführung der richtlinienbasierten Leistungen in die gesetzliche Förderung bewirken, dass der Verwaltungsaufwand bei Trägern, Bewilligungsbehörden und in den Einrichtungen deutlich reduziert werden könnte. Zusätzlich bekämen Träger und Fachkräfte in vielen wichtigen Bereichen endlich Planungssicherheit.

Um im Hinblick auf die Qualität etwas mehr Spielräume zu eröffnen, sollten die Gewichtungsfaktoren für Kinder mit (drohender) Behinderung (von 4,5 auf 5,0), für Kinder mit nichtdeutschsprachiger Herkunft (von 1,3 auf 2,0) und für Kinder unter drei Jahren (von 2,0 auf 2,4) angehoben werden.

Investitionen, wie die vorgeschlagenen Maßnahmen, in die frühkindliche Bildung sind nicht nur dringend notwendig, um die finanzielle Schieflage auszugleichen, sie sind auch dringend notwendig, um Chancenungleichheiten zu minimieren. Denn gerade durch die frühe Förderung von Kindern, können Unterschiede in den Kompetenzen besser aufgefangen werden. Entsprechend wurden auch in der Anhörung seitens des Staatsinstituts für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IfP) Studien angeführt, die verdeutlichen, dass die sozialen Ungleichheiten in den Kompetenzen deutlich geringer ausfallen würden, würden alle Kinder eine Kita besuchen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 23.01.2025 **Drucksache** 19/**4693**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. SPD
Drs. 19/**3675**

Für Bayerns Kitas I - Weiterentwicklung der kindbezogenen Förderung (BayKiBiG)

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatterin: **Melanie Huml**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 23. Januar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm überarbeiten und verschlanken
   Drs. 19/3589, 19/4692 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Lagebild zu Sexualdelikten und sexualisierter Gewalt zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen in Bayern
   Drs. 19/3672, 19/4691 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. SPD
Für Bayerns Kitas I – Weiterentwicklung der kindbezogenen Förderung (BayKiBiG)
Drs. 19/3675, 19/4693 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. SPD
Für Bayerns Kitas II – Einrichtung eines Sonderinvestitionsprogramms für den Ausbau qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote
Drs. 19/3676, 19/4715 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. und Fraktion (SPD)
Wann bekommt Bayern endlich ein Gehörlosengeld?
Drs. 19/3727, 19/4694 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Holger Grießhammer u.a. SPD
Wassercent – eine gerechte Lösung für die Menschen in Bayern
Drs. 19/3734, 19/4696 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	ENTH	Z

7. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber,
Robert Brannekämper, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die Demokratie ist unser höchstes Gut –
Demokratiebildung in Bayern stärken
Drs. 19/4006, 19/4716 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr,
Nicole Bäumler u.a. SPD
Für Bayerns Familien – gegen sozial ungerechte Kürzungen
Drs. 19/4145, 19/4695 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 11.03.2025 **Drucksache** 19/**5741**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Drs. 19/**3675**, 19/**4693**

Für Bayerns Kitas I – Weiterentwicklung der kindbezogenen Förderung (BayKiBiG)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Doris Rauscher
Abg. Helmut Schnotz
Abg. Franz Schmid
Abg. Anton Rittel
Abg. Julia Post
Staatsministerin Ulrike Scharf

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir rufen **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u. a. (SPD)
Für Bayerns Kitas I - Weiterentwicklung der kindbezogenen Förderung (BayKiBiG) (Drs. 19/3675)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Die Hütte brennt – mit genau diesen eindringlichen Worten hat ein Bürgermeister die Lage in unseren Kitas bei unserer Anhörung zum Thema Kita im Sozialausschuss beschrieben, und er hat recht; denn täglich rufen bei unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Kitaträger an und zeigen an, die Trägerschaft der Einrichtung aus Kostengründen eventuell an die Kommune zurückzugeben. Aber auch die Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand, weil das System auch für sie nicht mehr finanzierbar ist. Die Schere zwischen den tatsächlichen Kosten und der staatlichen Förderung klafft immer weiter auseinander. Nur noch circa 60 % der Betriebskosten, also der Kosten, die eine Kita an Kosten verursacht, werden von staatlicher Seite übernommen. Der Rest bleibt zusätzlich an den Kommunen hängen oder muss über höhere Elternbeiträge finanziert werden.

Was bedeutet das konkret? – Es bedeutet, dass die finanzielle Ausstattung der Kitas bzw. die Qualität der frühkindlichen Bildung in Bayern vom Geldbeutel der Eltern oder der Finanzkraft der Kommune abhängt. Ist das die Familienfreundlichkeit und die Chancengerechtigkeit, die wir unseren Kindern versprechen? – Wohl kaum. Wenn Einrichtungen gezwungen werden, bei der Qualität zu sparen, leiden darunter die Arbeit mit den Kindern, die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kinder selbst. Die Folgen dieser finanziellen Schieflage spüren wir bereits jetzt. Fast

die Hälfte der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Kitas fühlen sich täglich überlastet. Die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte ist besonders hoch – so zeigen es Studien – bei den etwas Jüngeren zwischen 26 und 30 Jahren, also genau jenen, die wir eigentlich so dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Warum? – Der Druck, der auf den Schultern dieser Fachkräfte lastet, ist wahnsinnig hoch geworden. Erzieherinnen und Erzieher sollen neben der allgemeinen pädagogischen Arbeit und der Betreuung der Kinder sprachliche Defizite ausgleichen, Kinder mit Behinderung fördern, Kinder mit Migrationshintergrund integrieren, Elternarbeit leisten, Praktikanten anleiten, mit der Schule kooperieren, Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben übernehmen und mancherorts – oh mein Gott! – sogar noch kochen oder putzen. Das kommt auch vor. Bei Krankheit sollen sie auch noch einspringen, und zwar genau in den Einrichtungen, die personell phasenweise noch schlechter aufgestellt sind als ihre eigene Einrichtung.

Seit Jahren wird einfach nur noch obendrauf geschaufelt und obendrauf geschaufelt. Mehr Geld für all diese zusätzlichen Aufgaben und somit auch mehr Personal für mehr Fach- und Unterstützungskräfte gibt es nicht. Lediglich minimale Anpassungen werden seitens der Staatsregierung vorgenommen, zum Beispiel für Gehaltssteigerungen oder generell gestiegene Kosten. Sie werden anteilig refinanziert, anteilig, aber nicht auskömmlich. Genau deshalb wird die Lücke zwischen den tatsächlich anfallenden Kosten für den Betrieb der Kita und der staatlichen Refinanzierung größer und größer. Es ist, als würde man versuchen, ein Leck in einem Boot mit einem Wattebausch zu stopfen, während das Wasser immer weiter steigt und steigt.

Wir als Sozialdemokrat:innen fordern deshalb schon seit Jahren mehr Geld für die Kitas. Es ist dringend nötig. Deshalb ziehen wir diesen Antrag heute auch ins Plenum hoch; denn wir wollen, dass Sie sich heute nochmals mit dieser Problematik befassen

und diese wichtigen Investitionen in das Zukunftskapital unseres Landes gemeinsam mit uns in die Hand nehmen. Ich verspreche Ihnen, es wird sich auszahlen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Nächster Redner ist Herr Kollege Helmut Schnotz für die CSU-Fraktion.

Helmut Schnotz (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinderbetreuung ist eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Sie ermöglicht Kindern beste Bildungschancen, unterstützt Familien und ist ein zentraler Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir lehnen den Antrag der SPD ab, nicht weil uns das Thema nicht wichtig wäre, sondern weil dieser Antrag jetzt weder notwendig noch zielführend ist.

(Widerspruch der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Denn Bayern handelt längst. Wir arbeiten an einer tragfähigen Lösung für eine nachhaltige Finanzierung der Kitas. Wir setzen auf Qualität, auf eine starke Unterstützung der Kommunen und auf eine gezielte Förderung der Fachkräfte. Der Antrag, den uns die SPD heute vorschlägt, verliert sich in allgemeinen Forderungen. Ihm fehlt vor allem eines: eine seriöse Finanzierung.

Erstens. Bayern investiert bereits massiv in die Kitaförderung. Lassen Sie uns hier einmal ein paar Fakten für diese Finanzierungen benennen: 2024 stellte Bayern 2,5 Milliarden Euro für die Betriebskostenförderung bereit, mehr als jedes andere Bundesland. 2025 sind es 2,69 Milliarden Euro. 73.500 Betreuungsplätze wurden bereits geschaffen, und das ist noch lange nicht das Ende. Im Koalitionsvertrag zwischen der CSU und den FREIEN WÄHLERN haben wir vereinbart, bis 2028 weitere 180.000 Betreuungsplätze zu schaffen, davon 50.000 für Kinder unter sechs Jahren und 130.000 für Grundschulkinder. Die Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen steigen auch weiter, von 2,99 Milliarden Euro im Jahre 2023 auf 3,51 Milliarden Euro in

diesem Jahr. All das zeigt: Bayern steht zu seinen Familien, Bayern steht zu seinen Kindern wie kein anderes Bundesland. Der Antrag enthält Forderungen, die längst auf unserer Agenda stehen. Wir brauchen in der Phase der Gesetzesnovellierung für das BayKiBiG keine unnötigen Beschlüsse für Teilbereiche.

Zweitens. Der Antrag ist weder neu noch finanziell solide. Bei dem Wunsch nach einer höheren Refinanzierung der Kita-Betriebskosten stellen sich doch einige Fragen: Woher soll das Geld kommen? Welche Auswirkungen hätte das auf andere wichtige Bildungseinrichtungen? Und wie sollen die Kommunen sinnvoll eingebunden werden? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Fragen, mit denen sich die Staatsregierung bereits intensivst auseinandersetzt; denn eines ist klar: Jede Finanzierungsänderung muss solide durchdacht sein. Wir als CSU setzen auf eine tragfähige Lösung, nicht auf einfache Schnellschüsse. Deshalb arbeiten wir bereits mit den Kommunen, den Trägern und der Facharbeitsgruppe Kita 2050 an einer klugen Reform. Das wird mit dem Antrag aber ignoriert bzw. nicht berücksichtigt. Man stellt Forderungen, die nicht nur längst in Arbeit sind, sondern die auch den Eindruck erwecken, als wäre Bayern hier untätig. Das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CSU sowie der Abgeordneten Roswitha Toso (FREIE WÄHLER))

Drittens. Der Antrag ignoriert die Realität der Kitafinanzierung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen hier durchaus einmal ehrlich sein: Die Kitafinanzierung ist in erster Linie eine kommunale Aufgabe. Bayern unterstützt die Kommunen dabei mehr als jedes andere Bundesland. Im November letzten Jahres, also vor wenigen Monaten, hat der Ministerrat eine wichtige Richtungsentscheidung getroffen: Die freiwilligen Leistungen für Familien sollen weiterentwickelt werden. Dadurch soll das System der Kinderbetreuung gestärkt werden, was wiederum den Familien zugutekommt. Das Bayerische Familien- und das Bayerische Krippengeld sollen ab dem 1. Januar 2026 zu einer einmaligen Leistung, dem Kinderstartgeld in Höhe von 3.000 Euro, zusammengefasst werden. Das Sozialministerium erarbeitet dafür derzeit Eckpunkte.

Anschließend soll auch das parlamentarische Verfahren, das es abzuwarten gilt, für die notwendigen Gesetzesänderungen durchgeführt werden.

Damit setzt Bayern seinen einzigartigen Weg fort, Familien mit Kleinkindern eine spezielle Unterstützungsleistung zu gewähren, und stärkt gleichzeitig die Kinderbetreuung im Freistaat im Sinne der Familien. Im Zuge dieser Neuausrichtung der Familienunterstützung in Bayern soll das Gesamtfinanzvolumen im Familienbereich trotz der aktuellen großen finanziellen und auch gesellschaftlichen Herausforderungen unangetastet bleiben. Mit den frei werdenden Mitteln entlastet die Staatsregierung die Kommunen effektiv und leistet einen substanziellen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Infrastruktur für die Kinderbetreuung. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass keine Kürzungen erfolgen und die Gesamtsumme der Unterstützungsleistungen für die Familien in Bayern erhalten bleibt. Die Zielsetzung im Freistaat ist und bleibt dabei stets die bestmögliche Unterstützung für die Familien. Gerade hier zeigt sich der Unterschied: Wir als CSU setzen nicht auf symbolische Beschlüsse, sondern auf konkrete Entlastung für Familien.

Der Fachkräftemangel ist die größte Herausforderung. Der größte Engpass in den Kitas ist nicht das Geld, sondern inzwischen wirklich das Personal. Deshalb haben wir auch in diesem Bereich reagiert. Seit 2011 haben wir die Zahl der Pädagoginnen und Pädagogen, die in den bayerischen Kitas arbeiten, auf über 125.000 erhöht. Das ist eine Steigerung um 85 %.

(Beifall bei der CSU sowie der Abgeordneten Roswitha Toso (FREIE WÄHLER))

Wir haben Quereinsteigerprogramme gestartet. Fast 10.000 Menschen haben davon bereits profitiert. Wir haben die Teamkräfte durch Assistenzkräfte verdoppelt, um Erzieher und Erzieherinnen zu entlasten. Wir haben bei der Fachkräftegewinnung neue Wege beschritten und moderne Ausbildungsmodelle entwickelt. Die Familienförderung geht weit über die Kitas hinaus. Kinderbetreuung endet nicht an der Kitatür. Bayern investiert umfassend in Familienpolitik, um Eltern und Kinder zu unterstützen. Beispiel-

haft seien hier noch das neue Kinderstartgeld von 3.000 Euro ab 2026, zusätzlich 25 Millionen Euro für Sprach-Kitas und die Digitalisierungskampagne "Startchance kita.digital" genannt. Das ist echte Familienpolitik, die auch bei den Menschen ankommt.

Unser Auftrag besteht darin, Familien zu entlasten, Qualität zu verbessern, Kitas nachhaltig zu stärken. Das ist unser Weg: pragmatisch, realistisch und nachhaltig. Diesen Weg gehen wir mit der Novellierung des BayKiBiG konsequent weiter. Das BayKiBiG selbst ist das beste Modell und die beste Software, die es in Deutschland gibt. Das bestätigen alle Praktiker rund um dieses Thema. Wir müssen die angedockten Bausteine der letzten beiden Jahrzehnte vereinfachen.Das hat aber auch zur Folge, dass wir dann nicht mehr jeden Einzelfall abbilden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen. Der Antrag bietet keinen Mehrwert. Im Koalitionsvertrag ist eine Weiterentwicklung der Förderung der Kinderbetreuung vereinbart. Die Vorbereitungen hierzu laufen auf Hochtouren. Ein Schnellschuss-Beschluss ist nicht zielführend und auch nicht geeignet, den eingeleiteten Prozess zur Reform der Kitafinanzierung zu unterstützen. Die Staatsregierung ist sich aus vielen Runden Tischen, den Facharbeitsgruppen und Werkstattgesprächen des Handlungsbedarfs bewusst und arbeitet bereits intensiv an einem Konzept, das nachhaltige Verbesserungen bringen wird. Gleichzeitig wird es für alle Beteiligten, insbesondere für die originär zuständigen Kommunen, leistbar sein.

Wir sagen Ja zu mehr Qualität, Ja zu besseren Rahmenbedingungen und Ja zu einer gezielten Unterstützung von Familien. Wir sagen aber Nein zu überflüssigen Anträgen. Wir lehnen diesen Antrag ab, weil Bayern längst handelt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Schmid für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen; denn es ist höchste Zeit, dass die Finanzierung der frühkindlichen Bildung in Bayern auf eine solide und gerechte Basis gestellt wird. Dass die Regierungsparteien CSU und FREIE WÄHLER diesen Antrag im Ausschuss abgelehnt haben, ist ein Schlag ins Gesicht für Eltern, Erzieher und die Kommunen, die unter den finanziellen Lasten zusammenbrechen. Die bestehenden Lücken in der Betriebskostenförderung gefährden nicht nur die Qualität unserer Kindertageseinrichtungen, sondern zwingen Kommunen und Träger zu immer drastischeren Maßnahmen, die letztlich auf dem Rücken der Eltern und Kinder ausgetragen werden.

Aktuell deckt die staatliche Refinanzierung nur noch 60 bis 65 % der Betriebskosten. Das bedeutet, dass Kommunen und Träger gezwungen sind, die Differenz durch höhere Elternbeiträge oder durch Einsparungen an anderer Stelle zu kompensieren. Beides ist jedoch untragbar.

Die Kostensteigerungen sind unzureichend berücksichtigt. Während der Basiswert seit dem Jahr 2019 um lediglich 23,5 % angehoben wurde, sind allein die Energiekosten laut "vbw Energiepreisindex" um 48,2 % gestiegen. Zusätzlich belasten steigende Mieten, Sanierungskosten und die Zinsentwicklung die Träger massiv. Experten und Trägerverbände empfehlen dringend eine Anhebung um mindestens 30 %, um die bestehenden Lücken zu schließen.

Neun Kitaträger in Mittelfranken, die zusammen 12.000 Kinder in 240 Einrichtungen betreuen, haben sich zur Arbeitsgemeinschaft "Freie KiTa Träger Mittelfranken-Süd" zusammengeschlossen, um auf die unzureichende staatliche Finanzierung aufmerksam zu machen. Sie berichten, dass die staatlichen Zuschüsse die tatsächlichen Kosten bei Weitem nicht mehr decken, was zu erheblichen Defiziten führt.

Es ist aber nicht nur die Finanzierungslücke, sondern auch die mangelnde Unterstützung für das pädagogische Fachpersonal, die zu einer alarmierenden Situation in unseren Kindertagesstätten führt. Der Personalmangel ist dramatisch. Erzieher sind überlastet, schlecht bezahlt und stehen vor kaum zu bewältigenden Anforderungen. Ein Zitat aus dem Buch "Die Rotzlöffel-Republik" bringt es auf den Punkt: Am schlimmsten ist die psychische Belastung. Man soll Traumatherapeut für Flüchtlingskinder sein und mit behinderten Kindern Inklusion machen, ohne dass man dafür ausgebildet ist.

Deshalb ist die Anpassung der Gewichtungsfaktoren längst überfällig. Kinder mit besonderen Bedürfnissen müssen endlich adäquat gefördert werden und brauchen mehr Personal. Zugleich dürfen aber unsere erstklassigen Förderkindergärten nicht abgeschnitten werden. Sie bieten spezifische Vorteile und Fähigkeiten, die reguläre Kindertagesstätten nicht bieten können. So schön der Inklusionsgedanke auch ist – Kinder mit besonderem Bedarf werden dort nicht ausreichend gefördert. Es fehlen eine maßgeschneiderte Betreuung, eine gezielte Förderung bei Entwicklungsverzögerungen und spezialisierte Fachkräfte. All das kann nicht flächendeckend organisiert werden, sondern muss in Spezialeinrichtungen erfolgen. Zu glauben, ein regulärer Kindergarten und dessen Personal könne dies bei den vorherrschenden Rahmenbedingungen leisten, geht an der Praxis völlig vorbei.

Grundsätzlich sind in dem Antragspaket der SPD viele gute Punkte enthalten. Aber statt einer strukturellen Reform handelt es sich wieder nur um kleinteilige, unübersichtliche und ineffiziente Forderungen. Ein weiteres Anwachsen des Förderdickichts führt nur dazu, dass Gelder nicht dort ankommen, wo sie gebraucht werden, nämlich direkt in den Einrichtungen. Ja, wir sind für bessere Betriebskostenförderungen; langfristig wird aber die Qualitätsfrage entscheidend sein. Wir wollen unsere breitgefächerten Fördereinrichtungen erhalten; aber auch in regulären Einrichtungen benötigen wir einen besseren Betreuungsschlüssel.

Wir sind uns dessen bewusst, dass die Bereitstellung von Mitteln in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine große Herausforderung darstellt. Deshalb halten wir die Forderung nach einer Erhöhung der Betriebskostenförderung, die Bayern mindestens 1 Milliarde Euro kosten wird, für notwendig. Ein zusätzliches Sonderinvestitionsprogramm, wie es die SPD in ihrem zweiten Antrag vorschlägt, halten wir für unrealistisch. Wie immer wird in sozialistischer Manier mit fremdem Geld um sich geworfen, statt klare Prioritäten zu setzen. Unsere Priorität hingegen liegt bei den bestehenden Strukturen und den bayerischen Familien, die nicht nur eine Aufbewahrung, sondern auch eine staatliche Förderung ihrer Kinder erwarten.

Mal ganz ehrlich: Wem haben wir das alles zu verdanken? – Sie können nicht Tausende Menschen aus aller Herren Länder in unser Land lassen und dann die Kommunen auf Kosten unserer Kinder völlig überfordern. Es war Ihre "Wir schaffen das"-Politik, die diese Missstände in den Kindertageseinrichtungen zum großen Teil mitverschuldet hat. Handeln Sie jetzt endlich, um Schlimmeres zu verhindern.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD ist leider Gottes nicht zielführend. Die Staatsregierung hat schon lange erkannt, dass das finanzielle Problem der Kindergärten gelöst werden muss.

(Anna Rasehorn (SPD): Wo ist denn dann das Geld?)

Sie erarbeitet bereits intensiv ein Konzept für nachhaltige Verbesserungen. Mit Blick auf die Haushaltslage muss man sich deutlich und gut überlegen, welche Maßnahmen angewendet werden und wo das Geld effektiv eingesetzt wird.

(Anna Rasehorn (SPD): Wo ist die Lösung?)

– Gedulden Sie sich, ich werde gleich darauf eingehen.

Ein erster Schritt war die Halbierung des Landesfamiliengeldes. Das waren 744 Millionen Euro. Rund die Hälfte des Betrages wird 2026 in das System zurückkommen. Das sind dann sage und schreibe 375 Millionen Euro, die mehr in das System fließen und mit denen Kindergärten entlastet werden. Das geht nicht von heute auf morgen. Die Digitalisierung mit Bezug auf Kindergärten ist eine Fraktionsinitiative aus dem Jahr 2024 – 500.000 Euro, eine halbe Million gibt es dafür. Wirtschaftlich schwache Familien werden bereits jetzt schon bei den Kitagebühren entlastet.

Die Kinderbetreuung ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Die Kommunen müssen Mittel aus dem Finanzausgleich, der mittlerweile eine Rekordsumme von rund 12 Milliarden Euro ohne Zweckbindung umfasst, zur Verfügung stellen. 60 Millionen Euro kommen aus der Förderung des Bundes für den Kitabereich. Die Mehrinvestitionen des Freistaats betragen im Jahr 2024 425 Millionen Euro. 2025 werden noch einmal 93 Millionen Euro mehr in den Haushalt eingestellt. Im gleichen Atemzug streicht der Bund 153 Millionen Euro zur Qualitätssicherung. Darüber sollte man sich Gedanken machen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch deutlich machen: Geld ist nicht alles. Man braucht für einen guten Kindergarten auch Fachpersonal. Wir setzen insbesondere auf die Ausbildung von Kinderpflegern im dualen System. Praxis und Theorie müssen miteinander verbunden werden. Nur das ergibt gute Kinderpflege. Des Weiteren wäre die Aufnahme der Lehrlinge in den Betreuungsschlüssel wichtig, damit der Lohn, den der jeweilige Träger der Kindertagesstätte bezahlt, angerechnet werden könnte. Die Ausbildung wird dann durch die Träger finanziert. Man kann ausgebildete Fachkräfte in Kinderpflege zu Erziehern fortbilden und außerdem Fachkräfte aus der Logopädie oder Sonstige weiterbilden.

Das sollte eigentlich vom Sozialministerium abgewickelt werden. Das war aber nicht bzw. schwer möglich, weil Ausbildungsberufe über Bundesgesetz geregelt werden und

bundeseinheitlich sind. Wir können in Bayern also nicht einfach einen Ausbildungsberuf schaffen. Die Voraussetzungen dazu müssen im Bund, müssen in Berlin geschaffen werden. Die Regierung ist dazu nicht in der Lage, sie kriegt es nicht auf die Reihe. Es wäre aber sehr wichtig, weil sich das duale Ausbildungssystem in Deutschland sehr bewährt hat.

Wir haben hier in Bayern einen Modellversuch an den Schulen. Er wird 2025 starten. Wir haben über das Kultusministerium einen höheren Praxisanteil gefördert, die sogenannte KiPrax. Die Entlohnung für die Schüler und Lehrlinge wird zu einem Großteil vom Kultusministerium und von den Trägern, die sich freiwillig dazu bereit erklärt haben, geleistet. An dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an unsere Kultusministerin, dass das so gut geklappt hat. Das ist alles relativ kurzfristig zustande gekommen.

Sie sehen, dass wir Kindergärten auf vielen Gebieten nachhaltig fördern. Wir verteilen nicht nur Geld; das ist nicht immer die Lösung.

Wir lehnen den Antrag der SPD ab, weil er nicht zielführend ist und weil der Landtag nicht etwas beschließen muss, das bereits in der Ausführung ist. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Rittel. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Julia Post für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Julia Post (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Ort, an dem der Grundstein für Chancengerechtigkeit gelegt wird und an dem wir auch das nächste Wirtschaftswunder entstehen lassen können: unsere Kitas. Hier entscheidet sich, ob ein Kind mit einem fairen Start ins Leben geht, unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder finanziellen Möglichkeiten der Eltern.

Aber was passiert, wenn dieser Ort unterfinanziert ist, wenn Träger um jeden Euro kämpfen müssen, wenn Kommunen Defizite stopfen müssen und Elternbeiträge steigen? – Dann bröckelt dieses Fundament. Genau das erleben wir in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kitafinanzierung in Bayern ist kein tragfähiges System mehr, sie ist ein Notfall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir gerade erleben, ist nichts anderes als eine schleichende Pleitewelle im Kitabereich. Der Staat deckt nur 60 bis 65 % der Betriebskosten, während Träger und Kommunen die Lücken stopfen müssen. Manche können das nicht mehr, manche stehen vor dem Aus. Wissen Sie, was dann passiert? – Eltern zahlen mehr, Fachkräfte schuften unter noch schlechteren Bedingungen, und am Ende leiden die Kinder.

Kollegen Schnotz und Rittel, Sie haben gesagt, die Kitas seien kommunale Aufgaben. – Das heißt aber auch: Wenn wir hier nicht einspringen und die Finanzierung verbessern, dann hängt Chancengerechtigkeit vom Wohnort ab; ist das eine finanzstarke oder finanzschwache Kommune? Das ist doch wohl nicht unser Anspruch.

Kollege Schnotz, Sie haben das Kinderstartgeld erwähnt. Sie müssen dann aber auch so ehrlich sein dazuzusagen, dass das das um die Hälfte gekürzte Familiengeld ist.

Bayern braucht deshalb eine echte Kitafinanzierungsreform. Bayern braucht eine Reform, die das System stabilisiert, anstatt nur die Löcher zu stopfen. Jede Studie zeigt, dass sich Investitionen in frühkindliche Bildung zigfach auszahlen. Keiner Kita hilft ein undurchdringlicher Förderdschungel. Es gibt viel zu viele unterschiedliche Fördertöpfe, die das Personal zusätzlich belasten und genau das Gegenteil von Planungssicherheit sind.

Markus Söder hat Bürokratieabbau groß angekündigt. Ich frage mich aber, wo das Modernisierungsgesetz für unsere Zukunft bleibt. Warum gibt es ein Modernisierungsgesetz bloß für mehr Schottergärten und Stellplätze? Warum gibt es noch keines für

den Kitabereich? Wir brauchen eine transparente Berechnung der Förderung, damit Träger und Kommunen endlich verlässlich planen können.

Wenn Sie das erledigt haben, dann müssen wir hier vielleicht nicht mehr über das Feuerlöschen reden, sondern können endlich einmal über Ziele und Visionen sprechen, beispielsweise darüber, wie wir Qualität sicherstellen.

Ja, es braucht eine Anhebung der Gewichtungsfaktoren und damit auch mehr Mittel für Kinder mit besonderem Förderbedarf. Wir hatten das Thema auch schon im Ausschuss. Wir haben auch da angemerkt, dass Kitas auch mit Sprachproblemen von Kindern mit Deutsch als Muttersprache zu kämpfen haben. Unseres Erachtens ist es einfach zu kurz gegriffen, im Antrag nur auf die Herkunft abzustellen. Zudem sind Förderbedarfe im Bereich des Sozialverhaltens – beispielsweise Verhaltensauffälligkeiten – ein immer größeres Thema. Wir finden, dass dieses Thema im Antrag auch noch berücksichtigt werden sollte.

Sie als Staatsregierung haben schon selbst erkannt, was wir im Kitabereich machen müssen. In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie die Reform des Kita-Gesetzes angekündigt. Sie haben den Eisberg offenbar schon gesichtet. Aber wo bleibt die Kurskorrektur?

Durch intensive Auseinandersetzung allein, die Sie angekündigt haben, passiert in der Realität leider noch nichts. Sie sagen, Sie arbeiten daran. – Ich kann nur sagen: Ich bin verdammt gespannt darauf, was in dem Vorschlag letztendlich drinstehen wird und wann Sie endlich etwas vorlegen werden. Solange das nicht geschehen ist, müssen wir hier als Opposition ran: die SPD heute mit ihrem Antrag, dem wir zustimmen; wir GRÜNE mit unseren Haushaltsanträgen, der Anhörung und auch unserem Gesetzentwurf, den wir gerade selbst ausarbeiten.

Sie haben im Bund endlich erkannt, wie gut grüne Politik ist, und wollen diese jetzt umsetzen. Bestimmt fällt auch eines Tages hier in Bayern der Groschen. Stimmen Sie einfach unseren Haushaltsanträgen für eine bessere Kitafinanzierung zu. Lieber

Kollege Schnotz, wir legen hier übrigens stets einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vor; denn wir zeigen Ihnen immer gerne den Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Post. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Feuerlöschen, Notfall, schlechteste Bedingungen, Arbeitsbedingungen – so werden die Situationen hier dargestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es fast unerträglich, dass wir über fast 125.000 Beschäftigte, Fachkräfte, Ergänzungskräfte, diejenigen, die ihren Beruf mit ganz viel Herzblut und Überzeugung ausüben und damit die besten Chancen für unsere Kinder bieten, so sprechen. Ich bitte einfach einmal darum, die Wortwahl zu überdenken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir in Bayern wollen das Beste für unsere Kinder, das Beste für unsere Zukunft und damit das Beste für unser Land, und zwar solide und verlässlich – das ist eben typisch bayerisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2019 haben wir das Bündnis für frühkindliche Bildung. Ich will an dieser Stelle ganz herzlich den Expertinnen und Experten, die sich engagieren, danken; denn wir brauchen in der Politik immer auch das Wissen der Praxis. Im Übrigen vergeht keine Woche, in der ich nicht selbst mit Trägern, mit Leitungen von Kitas, mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Kinderbetreuung spreche und diskutiere, weil es mir nicht nur ein Herzensanliegen ist, sondern wir in diesem Bereich noch besser werden müssen.

Das Bündnis für frühkindliche Bildung hat Vorlagen gemacht. Im Koalitionsvertrag haben wir ganz klar festgeschrieben, dass wir das BayKiBiG weiter fortentwickeln

werden. Das Ganze muss allerdings sorgfältig gemacht, finanzierbar und umsetzbar sein. Deshalb ist es keine Reform, einfach nur die Vorschläge vom Bündnis für frühkindliche Bildung abzuschreiben und diese als Reformvorschlag einzubringen; das ist schlichtweg Effekthascherei. Ich bin bei allem Respekt nicht damit einverstanden, die Ideen einfach so zu übernehmen, aber keinen eigenen Plan zu haben.

Lieber Thomas Huber, wir arbeiten mit dir als Experten im Ausschuss sehr eng zusammen; herzlichen Dank. Helmut Schnotz, auch dir herzlichen Dank für deine Ausführungen. Wir haben einen großen Plan; dieser will aber sorgfältig ausgedacht und vor allem finanzierbar sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Facharbeitsgruppe Kita 2050 und die heute noch nicht genannte Facharbeitsgruppe Fachkräfte haben intensiv Lösungen erarbeitet. Die ersten Meilensteine im Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung und die Qualifikation von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern haben wir bereits umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bis jetzt 534 Kurse und über 12.000 Teilnahmen. Lieber Helmut Schnotz, ich muss hier deine Zahl korrigieren; es sind nicht 10.000, sondern 12.000 Teilnahmen an unserem Quereinsteigerprogramm. Das ist eine wahre Erfolgsgeschichte. Jeder Einzelne und jede Einzelne ist ein Segen für unsere Arbeit in den Kitas. Das Quereinsteigerprogramm wird noch weiterlaufen.Die Kurse, die geplant sind, sind wieder völlig ausgebucht. Ich bin sehr froh, dass wir viele Menschen haben, die sich für die Arbeit in der Kita interessieren.

Was noch erledigt ist – der Kollege hat es vorhin angesprochen –: die Kinderpflegeausbildung, der Schulversuch, der ab September starten wird. Auch das ist eine ganz wichtige Entscheidung.

Wir haben im November im Kabinett für den Doppelhaushalt eine ganz klare Richtungsentscheidung getroffen, nämlich das Bayerische Familiengeld und das Baye-

rische Krippengeld neu auszurichten, mit einem Kinderstartgeld. Wir werden 50 % der Leistungen direkt an die Familien, an die Kinder auszahlen und die anderen 50 % zur Stärkung der Strukturen einsetzen. All das wird auf Hochtouren ausgearbeitet. Dazu brauchen wir nicht solche Anträge, die schon im Ausschuss diskutiert worden sind und noch in das Plenum hochgezogen werden. Das ist Aktionismus. Davon lassen wir uns nicht hetzen. Ihr Antrag ist überflüssig. Wir sind längst an der Arbeit. Wenn unsere BayKiBiG-Reform steht und solide umsetzbar ist, kommt sie auch in den Landtag – nicht als Schlagzeile, sondern als handfeste Politik für Bayern. Deshalb ist dieser Antrag heute abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD. Gegenstimmen! – CSU und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 3, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 163 Abgeordnete teilgenommen. Es waren alle Stimmen gültig. Auf Herrn Abgeordneten Andreas Winhart entfielen 25 Ja-Stimmen und 136 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 2 Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Winhart nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 157 Abgeordnete teilgenommen. Es waren alle Stimmen gültig. Auf Herrn Abgeordneten Jörg Baumann entfielen 25 Ja-Stimmen und 131 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich 1 Abgeordneter. Damit hat der Abgeordnete Jörg Baumann nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.